

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Umwelt und Klimaschutz**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 2a

Aktuelle Stunde

**Innovation statt Verbotskultur - Wahnsinn bei
Stickoxid-Messstellen und Grenzwerten beenden**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/2621

während der Plenarsitzung vom 23.01.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin der CDU ausgesprochen dankbar, dass sie dieses Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet hat.

Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. Und ich sage Ihnen auch gerne, warum: Der Klimaschutz und die Gesundheit der Bevölkerung stehen doch immer im Mittelpunkt jeglichen politischen Handelns. Das gilt für die Landespolitik genauso wie für die Kommunalpolitik und natürlich auch für die Bundespolitik. Das Land steht natürlich auch schon in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Städten Hildesheim, Oldenburg, Hannover und Osnabrück, um zukunftsweisende Lösungen zur weiteren Schadstoffreduzierung zu finden, und zwar wollen wir das gemeinsam tun.

Fakt ist doch - das muss man doch auch anerkennen -, dass in fast allen diesen Städten der Ausstoß von Stickstoffdioxid rückläufig ist. Aber das reicht uns noch nicht. Wir werden zusätzlich 100 Millionen Euro aus der Volkswagen-Milliarde aufwenden, um diese Kommunen entsprechend zu unterstützen.

Ich sage auch: Ich habe keinen Zweifel daran, dass die vom Gewerbeaufsichtsamt ermittelten Messwerte - das zuständige Gewerbeaufsichtsamt ist in Hildesheim - in Ordnung sind. Ich sage aber auch: Ob diese Werte repräsentativ sind, muss in der Tat überprüft werden. Die 100 Millionen Euro werden wahrscheinlich für eine verbesserte Verkehrssteuerung, alternative Antriebe bei Bussen und bauliche Maßnahmen eingesetzt werden. Dies wird zu weiteren Verbesserungen beitragen; das ist doch ganz klar. Klar ist aber auch, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass ein Einfahrverbot für Pkw in Städte auf jeden Fall vermieden werden muss. Das muss auf jeden Fall vermieden werden! Dahinter müssen wir uns doch wirklich gemeinsam vereinen!

Glauben Sie es mir: Ich bin ganz sicher auch für saubere Luft. Das sind wohl alle hier. Man muss aber auch anerkennen, dass Niedersachsen ein Flächenland ist. Und die Menschen wollen und brauchen den Individualverkehr. Der ÖPNV und

Carsharing sind leider noch nicht an jeder Milchkanne angekommen. Die Lösung, nach der gesucht werden muss, muss für die Menschen, für die Kunden bezahlbar sein. Sie muss aber auch für die Automobilindustrie bezahlbar sein. Sie muss machbar und technologisch sinnvoll sein. Darum müssen wir aufhören, die Menschen an der Stelle ständig zu bevormunden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Meinung vieler mit Blick auf die Politik ist derzeit nicht unbedingt positiv. Da blicke ich insbesondere nach Berlin und sage: Ich nehme da viele Kolleginnen und Kollegen aus der Sozialdemokratie in Berlin nicht aus. Das hat auch viel mit den Diskussionen über Fahrverbote und Hardwarenachrüstungen für Dieselfahrzeuge zu tun. Niedersachsen ist doch von der Automobilindustrie geprägt! Wir dürfen uns doch unsere Industrie und Technologie nicht kaputt reden lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Was noch hinzu kommt, ist: Ausländische Diesel-autos sind nach meiner Kenntnis von den Plänen der Bundesregierung gar nicht betroffen. Jeder dritte Diesel auf Deutschlands Straßen kommt von einem ausländischen Hersteller, und die lassen die Besitzer an der Stelle noch stärker im Stich. Fiat und Renault gehören letzten Endes zu den größten Schmutzkindern. Sie haben bis vor Kurzem Neuwagen mit wirklich katastrophalen Stickstoffdioxidwerten verkauft, die deutlich über denen der Autos made in Germany liegen. Das hat nicht nur der ADAC, sondern sogar auch - hört, hört! - die Deutsche Umwelthilfe ermittelt. Das will schon etwas heißen! Das Gleiche gilt für Modelle von Ford und Hyundai. Sie alle sind von Fahrverboten betroffen, doch den Schaden beheben, wollen die Hersteller nicht. Eine Viertelmilliarde Euro haben VW, Daimler und Audi in den Dieselfonds des Bundes eingezahlt, aus dem kommunale Maßnahmen für saubere Luft finanziert werden. Die Importeure steuern aber nicht einen einzigen Cent dazu bei.

Wir müssen auch fair mit der Industrie umgehen. Es geht dabei doch auch um Arbeitsplätze. Mich ärgert es zutiefst - das treibt mir auch als Umweltpolitiker wirklich die Zornesröte ins Gesicht -, wenn sich einige, insbesondere in Berlin, mit Forderungen regelrecht überschlagen, ohne zu bedenken, dass dabei 100.000 oder 200.000 Menschen ihren Arbeitsplatz in der Automobilindustrie verlieren könnten.

Die Forderung kann doch nur sein: Wir brauchen einen realistischen Plan. Wir brauchen einen Runden Tisch. Wir brauchen eine Art Masterplan.

Hier müssen alle Beteiligten - Industrie, kommunale Verbände, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen - zusammengeholt werden, damit die Grenzwerte eingehalten und Fahrverbote in Städten vermieden werden können.

Dann, aber auch nur dann, können doch letzten Endes Forderungen aufgestellt und Richtwerte festgelegt werden. Es muss doch ein nationales, abgeprochenes Ziel aller Beteiligten sein, Mobilität, Innovation und Luftreinheit unter einen Hut zu bekommen.

Vielen Dank.